



Das Entwicklungspolitische Netzwerk EPN Hessen e.V.

**Positionen und Forderungen an
die Politik der
hessischen Landesregierung**

Entwicklungspolitisches Netzwerk
EPN Hessen e.V.
Vilbeler Str. 36, 60313 Frankfurt
Tel. 069 / 91395170
info@epn-hessen.de
www.epn-hessen.de

Das Entwicklungspolitische Netzwerk Hessen e.V. (EPN Hessen) ist das Landesnetzwerk der entwicklungspolitisch engagierten NRO und Institutionen in Hessen.

EPN Hessen ist gerade auch für jene Mitglieder, die mit dem ehrenamtlichen Engagement hessischer Bürgerinnen und Bürger bestehen und arbeiten, ein Gewinn bringender Leistungsträger:

EPN Hessen führt Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zu relevanten entwicklungspolitischen Themen durch. Es trägt aktiv dazu bei, Verständnis, Toleranz und Interesse in Hessen für die komplexen Problematiken in den südlichen Ländern wie z.B. Migration, Privatisierung öffentlicher Güter, Ernährungssicherheit, Sicherheit, etc. zu fördern und die Bürgerinnen und Bürger zu sensibilisieren.

EPN Hessen befasst sich engagiert mit den Herausforderungen, Chancen und Problemen der Globalisierung, von denen auch das Bundesland Hessen stark profitiert.

EPN Hessen erfüllt die maßgebliche Aufgabe, die Arbeit und Anliegen der hessischen entwicklungspolitisch engagierten NRO, Bürgerinnen und Bürger wie auch Institutionen zu stärken, indem es deren Aktivitäten vernetzt, Kommunikation und Kooperationen fördert sowie deren Forderungen bündelt:

Über 60 entwicklungspolitische Nichtregierungs-Organisationen (NRO) und andere Organisationen und Einrichtungen in Hessen - darunter Christoffel Blindenmission, Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie, medico international und World Vision, die evangelischen Landeskirchen und die katholische Kirche, Klimabündnis e.V., lokal arbeitende Weltläden in Marburg, Gießen, Wetzlar,..., Partnerschaftsgruppen (darunter: Bangladesh, Indien, Jemen, Kenia, Bolivien, Burkina Faso, Namibia, Ghana, Malawi, Südafrika, Nicaragua, Guatemala, Kolumbien,...), Peace Brigades International -, die sich unter dem Dach des Entwicklungspoliti-

schen Netzwerks Hessen e.V. zusammengefunden haben, sind von den problematischen strukturpolitischen Entscheidungen in Hessen im Bereich Entwicklungspolitik der letzten Jahre direkt betroffen und

fordern von der hessischen Landesregierung:

- I. Strukturelle Förderung des Entwicklungspolitischen Netzwerks EPN Hessen e.V.**
- II. Erhöhung der Haushaltsmittel für das entwicklungspolitische Engagement der Zivilgesellschaft**
- III. Stärkere Förderung von Entwicklungsprojekten der hessischen NRO im Bereich „Armutsbekämpfung“**
- IV. Stärkung von Belangen der Entwicklungspolitik in der Bildungsarbeit: Die UN Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“**
- V. Einrichtung eines entwicklungspolitischen Beirats in Hessen**
- VI. Unterstützung kommunaler und regionaler Entwicklungszusammenarbeit in Hessen und Förderung des Agenda 21-Prozesses**
- VII. Berücksichtigung entwicklungspolitischer Kriterien im Beschaffungswesen der hessischen Landesregierung**
- VIII. Stärkerer Einsatz Hessens auf Bundes- und Europaebene für die Entwicklungspolitik**
- IX. Stärkere Vernetzung zwischen Klimaschutz und Entwicklungsprojekten als Beitrag zur Armutsbekämpfung**

Zu den Forderungen im Einzelnen:**I. Strukturelle Förderung der Aktivitäten des Entwicklungspolitischen Netzwerks EPN Hessen e.V.**

EPN Hessen e.V. wurde im September 2004 gegründet - mit Unterstützung der hessischen Landesregierung.

Seit seiner Gründung dient EPN Hessen der Landesregierung sowie den Parteien, Institutionen und Behörden in Hessen als Ansprechpartner für den Bereich Entwicklungspolitik.

In ihrem Positionspapier „Entwicklungspolitische Zusammenarbeit des Landes Hessen“ betont die Regierung ausdrücklich, sie arbeite *„(...) eng mit hessischen entwicklungspolitischen Vereinen und Organisationen, insbesondere mit dem Entwicklungspolitischen Netzwerk Hessen (EPN), (...) zusammen.“*

Dennoch erhält EPN Hessen bis heute keine strukturelle Finanzförderung durch die Landesregierung. . Das hessische Netzwerk muss die Mittel für seine gesamten Aktivitäten über Projektfinanzierungen mit diversen Gebern akquirieren. Dies erschwert die Effektivierung seiner Arbeit - gerade auch im Bereich der Netzwerkarbeit, der eigentlichen Hauptaufgabe des EPN Hessen. Zur Sicherung der Unabhängigkeit und Qualität der Arbeit ist eine strukturelle Förderung des EPN Hessen unabdingbar.

II. Erhöhung der Haushaltsmittel für das entwicklungspolitische Engagement der Zivilgesellschaft

EPN Hessen begrüßt die von der hessischen Regierung im Jahr 2005 getroffene Aussage: *„Durch seine Entwicklungszusammenarbeit leistet das Land einen Beitrag zur Förderung von Handel und wirtschaftlicher Entwicklung, zur Wahrung der Menschenrechte, zur Sicherung von Frieden und zur Verständigung zwischen den Völkern.“*

Die Mitglieder des EPN Hessen tragen in vielfältiger Art und Weise dazu bei, dass dies Realität ist und bleibt. Von enormer Bedeutung ist hierfür das bürgerschaftliche Engagement, das zur tragenden sozialen Stütze vielfältiger gesellschaftlicher Bereiche geworden ist – auch in den Nichtregierungsorganisationen (NRO). Das kompetente Handeln der hessischen NRO wie auch der engagierten Bürgerinnen und Bürger stärkt Eigenverantwortung, gegenseitige Solidarität, Kritikfähigkeit und Verantwortungsbereitschaft in unserer Gesellschaft. Die Aktivitäten der Zivilgesellschaft sind eine entscheidende Stütze der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland.

Allerdings wurden die vom Land Hessen für die entwicklungspolitische Arbeit der Zivilgesellschaft, von Organisationen, Institutionen, von Universitäten und Stiftungen im Einzelplan 07 der jeweiligen Haushalte für die entwicklungspolitische Arbeit reservierten Mittel in den letzten Jahren sukzessive gekürzt. Rechnet man die dem Land Hessen entstandenen Kosten für Studierende aus Entwicklungsländern in Deutschland aus den Leistungen der hessischen „Official Development Assistance“ (ODA) heraus, kommt man zu folgendem Ergebnis: Im Vergleich zum Jahr 2000 (2.310 T €) waren die Mittel für das Haushaltsjahr 2005 (588 T €) um

über 75% gekürzt worden, im Vergleich zu 2004 (2.654 T €) sogar um über 77%.¹

Besonders dramatisch ist die Entwicklung der Haushaltsmittel für den Bereich Entwicklungszusammenarbeit, die als Empfänger und Zweck *„hessische entwicklungspolitische Nichtregierungs-Organisationen für ihre Projekte in Entwicklungsländern sowie im Inland“*² vorsehen. Vergleicht man den Haushalt 2001 mit dem von 2007, müssen die hessischen NRO heute mit über 47% weniger Finanzmitteln ihre Arbeit im Bildungs-, Öffentlichkeitsarbeits- und Projektbereich bestreiten.³ Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2003 sind es sogar 52% weniger Mittel.

Dies hat problematische Auswirkungen auf die Projektarbeit mit der Bevölkerung im Süden wie auch auf die entwicklungspolitische Bildungs- und Projektarbeit der Mitglieder des EPN Hessen hier in Deutschland.

EPN Hessen fordert daher eine erhebliche Erhöhung der NRO-Fördermittel auf zunächst wenigstens den Betrag des Haushaltsjahres 2003 (534.000 EURO). Die hessische Regierung muss die entwicklungspolitischen Aktivitäten der hessischen NRO und somit auch seiner Bürgerinnen und Bürger als Investition in das soziale und politische Leben in Hessen, Deutschland und Europa verstehen. Als Grundpfeiler einer sozialen Gesellschaft muss dieses Engagement durch die Landesregierung anerkannt und finanziell wieder maßgeblich unterstützt werden.

EPN Hessen schließt sich darüber hinaus ausdrücklich der Forderung der Vereinten Nationen und dem erneuten Beschluss des Europäischen

Rats aus 2005 an, nach der 0,7% des Bruttonationaleinkommens (früher: Bruttosozialprodukt) eines jeden Landes oder Staates, und somit auch des Landes Hessen, für entwicklungspolitische Aktivitäten zur Verfügung gestellt werden sollen.

III. Stärkere Förderung von Entwicklungsprojekten der hessischen NRO im Bereich „Armutsbekämpfung“

Die Mitglieder des EPN Hessen verfügen über langjährige Erfahrungen und partnerschaftliche Kontakte in die Länder des Südens. Sie haben direkten Zugang zu der dortigen Bevölkerung und gewährleisten eine partizipative, effektive, kostengünstige und vor allem nachhaltige Projektförderung und Entwicklung.

Der Erfolg und die Qualität der von den Mitgliedern des EPN Hessen und ihrer Partner im Süden geleisteten Arbeit wurde in der Vergangenheit in den unterschiedlichsten Bereichen der Armutsbekämpfung wiederholt bewiesen: einkommensschaffende Maßnahmen, Bereitstellung von Grundbildung, Aktivitäten im Gesundheitsbereich, Infrastrukturmaßnahmen wie Brunnenbau oder Wasserversorgung etc.

Vielfach konnten sich die beteiligten Akteure hier auf die finanzielle Unterstützung des Landes Hessen stützen.

Im Jahr 2005 hat die hessische Regierung jedoch eine Wende in ihrem bisherigen entwicklungspolitischen Ansatz vollzogen: Primär sollen heute hessische Entwicklungsprojekte *„(...) wirtschaftliches Handeln stärken, und man konzentriert sich zudem „(...) auf wirtschaftsnahe Maßnahmen, die den Partnern in den Entwicklungsländern die Eingliederung in den Weltmarkt erleichtern“*. Geleitet wird die hessische Landesregierung hierbei von der Annahme, dass *„ (...) wirtschaftliche Entwicklung (...) eine notwendige Voraussetzung von Armutsbekämpfung [ist]. Die Stärkung*

¹ Die Zahlen wurden dem Papier „ODA-Leistungen der Bundesländer 2000-2005“ entnommen. Vgl. http://www.bmz.de/de/zahlen/imDetail/ODA-Leistungen_der_Bundeslaender_2000-2005.pdf

² Vgl. u.a. Haushaltsplan 2006, Kapitel 07 05 / Buchungskreisnummer 2699: Allgemeine Bewilligungen Wirtschaft und Technologie, Wirtschaftsplan zu Förderprodukt Nr. 17.

³ Das entspricht insgesamt 227.487 €. Im Haushaltsjahr 2001 wurden 487.487 € für das entwicklungspolitische Engagement der NRO ausgegeben, 2007 wurden 260.000 € hierfür eingestellt.

*des privatwirtschaftlichen Sektors fördert Wachstum, Beschäftigung, Qualifizierung von Arbeitskräften und schafft Einkommen.*⁴

Die Konzentration auf lediglich einen Teilbereich der bisherigen entwicklungspolitischen Aktivitäten ist nicht nur für jene Mitglieder des EPN Hessen, deren Partnerprojekte vornehmlich auf Bildungs- und Gesundheitsmaßnahmen ausgerichtet sind, hoch problematisch. Dadurch werden komplexe Problemverkettenungen auf lediglich einen Teilbereich reduziert. Hier wird jedoch schlicht übersehen, dass wirtschaftliches Wachstum allein die Armut nicht verringert, wie zahlreiche Studien belegen.⁵

EPN Hessen fordert daher, den entwicklungspolitischen Schwerpunkt in der Projektförderung des Landes Hessen auf den Bereich „Armutsbekämpfung“ zu verlagern bzw. um diesen zu ergänzen. Projekte, die eine Grundversorgung im Bildungs- und/oder Gesundheitsbereich – auch über Infrastrukturmaßnahmen – erreichen, sollen als notwendige Ergänzung zum momentanen Maßnahmenkatalog in der entwicklungspolitischen Zielsetzung des Landes Hessen berücksichtigt werden.

⁴ Vgl. „Entwicklungspolitische Zusammenarbeit des Landes Hessen“, <http://www.hessen-agentur.de/dynasite.cfm?dssid=75&dsmid=1765&dsaid=13002&dspaid=13002>, gesehen am 25.07.2007.

⁵ Vgl. hierzu u.a. die kürzlich erschienenen Studien von Friedel Hütz-Adams und SÜD-WIND e.V.: China, Indien, Brasilien und Südafrika: Plädoyer für die Fortsetzung einer armutsorientierten Entwicklungszusammenarbeit, Stuttgart 2007 wie auch ebd.: China, Indien, Brasilien und Südafrika: Vom Nord-Süd- zum Arm-Reich-Gegensatz in Handels- und Finanzfragen, Stuttgart 2007.

IV. Stärkung von Belangen der Entwicklungspolitik in der Bildungsarbeit: Die UN Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Weitsichtigkeit, ein Verständnis für globale Zusammenhänge und regionale Auswirkungen sowie einer demokratischen Kultur der Partizipation und Solidarität geschehen stets vor Ort, inmitten der Gesellschaft: in der Schule, in der Gemeinschaft, im Wirtschaftsleben. Eine Landesregierung kann diese weder herbeiführen noch verordnen - jedoch fördern:

Mit dem Kabinettsbeschluss vom 12. Dezember 2005 hat sich das Land Hessen verpflichtet, sich aktiv und ressortübergreifend an der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zu beteiligen. EPN Hessen unterstützt die bisherigen Aktivitäten der Landesregierung und fordert sie auf, im Sinne der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ die Aspekte der „Einen Welt“ und des „Globalen Lernens“ verstärkt zu fördern. Inhaltlich wie methodisch soll dies anhand des im Juni 2007 offiziell vorgestellten „Orientierungsrahmen Globale Entwicklung“ der Kultusministerkonferenz (KMK) und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erfolgen.

Nach Einschätzung des EPN Hessen kann die Verankerung von entwicklungspolitischen Inhalten jedoch nicht allein auf die traditionellen Bildungseinrichtungen in Hessen beschränkt bleiben. Von ebenso wesentlicher Bedeutung sind die Aus- und Fortbildungspläne an den Fachhochschulen für die Angehörigen des Öffentlichen Diensts. Da in der Verwaltung politische Entscheidungen vorbereitet und umgesetzt werden, müssen die dort Beschäftigten stärker für entwicklungspolitische Inhalte sensibilisiert werden. Dies wurde bisher jedoch nicht berücksichtigt und sollte von der hessischen Landesregierung sobald wie möglich umgesetzt werden.

V. Einrichtung eines entwicklungspolitischen Beirats in Hessen

Die Anerkennung von Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe durch die hessische Landesregierung ist aufgrund der zunehmenden globalen Verflechtungen von großer Bedeutung. Entwicklungspolitik muss integraler Teil der hessischen Strukturpolitik werden, dahingehende Aktivitäten müssen Eingang in das Handeln aller Landesressorts finden.

EPN Hessen sieht hier starken Handlungsbedarf: Um kompetente und effektive Entscheidungen in der hessischen Landespolitik zu Fragen der Entwicklungspolitik und ihren Zusammenhängen treffen zu können und um das Thema weiter in der öffentlichen Diskussion zu halten, ist die Einrichtung eines Nord-Süd-Beirats auf Landesebene erforderlich.

Dem Nord-Süd-Beirat sollen fachlich kompetente Vertreterinnen und Vertreter relevanter gesellschaftlicher Gruppen wie den Kirchen, Gewerkschaften, Hochschulen sowie Mitglieder des EPN Hessen angehören. Er soll eine beratende Funktion gegenüber dem Landtag und der hessischen Landesregierung einnehmen. Der Nord-Süd-Beirat soll aufzeigen, welche Auswirkungen Entscheidungen der hessischen Landesregierung, hessischer Institutionen und Unternehmen mit Landesbeteiligung auf Entwicklungsländer wie auch die globalen Entwicklungsprobleme haben.

VI. Unterstützung kommunaler und regionaler Entwicklungszusammenarbeit in Hessen und Förderung des Agenda 21-Prozesses

Die globale und umfassende Bedeutung der Entwicklungspolitik erfordert die verbindliche Auseinandersetzung staatlicher und kommunaler Stellen mit entwicklungspolitischen Fragen. Deshalb ist der Ausbau und die stärkere Unterstützung der Bildungs- und Informationsarbeit von entwicklungspolitischen Initiativen auf Landes- und Kommunalebene gefordert. Das Engagement kommunaler Stellen ist durch das Land Hessen zu fördern.

Grundlage für die Zusammenarbeit ist die in Rio 1992 verabschiedete Agenda 21, die mittlerweile von über 180 Staaten ratifiziert wurde, sowie die darauf basierende Hamburger Erklärung der von BMZ und InWEnt 2006 durchgeführten 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen.

EPN Hessen fordert die Ernennung kommunaler entwicklungspolitischer Beauftragter in den Städten und Gemeinden in Hessen, wie dies bereits in Nordrhein-Westfalen erfolgreich praktiziert wird. Diese sollen die entwicklungspolitischen Aktivitäten auf lokaler Ebene fördern und den kommunalen Gremien über Entwicklungen in diesem Bereich berichten. Für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit sind bei den Kommunen eigene Haushaltsstellen vorzusehen. Die hessische Gemeindeordnung muss entsprechend geändert werden.

VII. Berücksichtigung entwicklungspolitischer Kriterien im Beschaffungswesen der hessischen Landesregierung

In ihrer entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zielt die hessische Landesregierung seit 2005 darauf ab, „(...) *wirtschaftliches Handeln [zu] stärken*“, wie auch *„auf wirtschaftsnahe Maßnahmen, die (...) die Eingliederung in den Weltmarkt erleichtern.“* Einen Beitrag dazu sieht die Landesregierung in der Förderung des Fairen Handels.

Neben den in Punkt III genannten notwendigen Maßnahmen in Bildung, Gesundheit, etc., welche die Anstrengungen zur Förderung des wirtschaftlichen Handelns ebenfalls stärken, ist das entsprechende Handeln der hessischen Regierung in Deutschland für die Erreichung dieses selbst gesteckten Ziels von großer Bedeutung.

Über die im EPN Hessen vertretenen Weltläden hat sich im Bereich des Fairen Handels ein Arbeitsschwerpunkt des Netzwerks herausgebildet. Die Mitglieder sind hier stark engagiert und informieren regelmäßig über notwendige politische Veränderungen.

EPN Hessen begrüßt daher die Entscheidung der Regierung, den Fairen Handel zu fördern. Über die Berücksichtigung sozialer Mindeststandards der ILO und fair gehandelter Produkte im eigenen Beschaffungswesen kann das Land Hessen seinen Beitrag für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung leisten.

Wie aus der Antwort der Landesregierung vom 06. Juli 2007 (Drucksache 16/7554) hervor geht, wurden bisher jedoch keine, „(...) *allgemeine rechtliche Vorgaben, die soziale Mindeststandards, wie sie im Sinne des fairen Handels verstanden werden (z.B. Förderung besonders benachteiligter kleinbäuerlicher Familien, nachhaltige Entwicklung von Ökologie, Bildung und Frauenförderung, etc.) für die Vergabeverfahren festgelegt.*“

EPN Hessen fordert daher die hessische Landesregierung auf, sich aktiver als bisher für die Beschaffung fair gehandelter Produkte einzusetzen. In Zukunft sollte beim Erwerb von Produkten in sämtlichen Bereichen (Straßenbau, Grabsteine, Textilien, Papier, Fahrzeuge, Möbel, Lebensmittel, Farben etc.) sichergestellt werden, dass bei ihrer Herstellung die sozialen Mindeststandards eingehalten wurden. Hierfür notwendige allgemeine rechtliche Vorgaben sind von Seiten der Landesregierung schnellstmöglich zu entwickeln und umzusetzen.

VIII. Stärkerer Einsatz Hessens auf Bundes- und Europaebene für die Entwicklungspolitik

Viele Entwicklungshemmnisse, mit denen die Länder des Südens kämpfen, können nicht allein durch eigene Anstrengungen überwunden werden. Vielmehr sind gleichzeitig Veränderungen in der Politik der Industriestaaten notwendig. Neben der Wahrnehmung eigener Chancen, z. B. über die aktive Förderung des Fairen Handels, der Agenda 21, der „UN-Dekade für nachhaltige Bildung und Entwicklung“, hat die hessische Landesregierung die Möglichkeit und den erklärten Willen, Türen in der Entwicklungspolitik zu öffnen.

Die hessische Landesregierung will sich bewusst den Herausforderungen der Globalisierung stellen. Sie kann in Gremien und Institutionen auf Bundes- bzw. EU-Ebene (z.B. Bundesrat und Ausschuss der Regionen) direkt positiven Einfluss auf die Politik im Sinne von Nachhaltigkeit und Entwicklung nehmen.

Das EPN fordert daher die Landesregierung auf, im Sinne einer Regierungsführung der globalen Verantwortung Initiativen auf EU- und Bundesebene zu folgenden Themen zu initiieren:

- a. Umsetzung der sozialen Mindeststandards der ILO von 1998 sowie von Umweltstandards im Welthandel;
- b. Abschaffung von Exportsubventionen und Schutz regionaler Märkte, Förderung nachhaltiger regionaler Agrarproduktion;
- c. Einführung demokratischer Strukturen in der „Global Governance“: Umstrukturierung von WTO, IWF, Weltbank und G8 zu demokratisch kontrollierten Institutionen, die im Dienste aller Staaten der Weltgemeinschaft stehen;
- d. Umfassende Schuldenstreichung für Länder des Südens in Verbindung mit Maßnahmen, die eine nachhaltige und eigenständige Entwicklung gewährleisten;
- e. Verzicht auf Rüstungsexporte in Länder, die diese Waffen gegen ihre eigene Bevölkerung anwenden könnten

IX. Stärkere Vernetzung zwischen Klimaschutz und Entwicklungsprojekten als Beitrag zur Armutsbekämpfung

Der Klimawandel ist bereits Realität und gefährdet die Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele. Die Auswirkungen des Klimawandels werden vor allem diejenigen Bevölkerungen treffen, die am wenigsten dazu beigetragen haben und die die wenigsten Ressourcen haben, sich auf die Auswirkungen des Klimawandels einzustellen. Auch das Land Hessen ist daher gefordert, sowohl den Klimaschutz vor Ort und in ganz Europa zu verstärken als auch diejenigen zu unterstützen, die vom Klimawandel am meisten betroffen sind.

Die verstärkte Einbindung von Aspekten des Klimaschutzes in den Armutsbekämpfungsstrategien der Projektzusammenarbeit und der gesamten Entwicklungszusammenarbeit (EZ) der Landesregierung ist ein wichtiger erster Schritt. Die EZ des Landes Hessen soll deshalb verstärkt auf ihren Beitrag zur Anpassung an den Klimawandel überprüft werden. Damit verbunden sind intensive Anstrengungen notwendig, Betroffene bei der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen; Darüber hinaus soll die Projektzusammenarbeit den Zugang ärmerer Bevölkerungsschichten zu nachhaltiger Energieversorgung als Beitrag zur Armutsbekämpfung und im Sinne globaler Klimagerechtigkeit ermöglichen.

EPN Hessen fordert die Landesregierung deshalb auf, lokale, regionale sowie landesweite Aktivitäten im Klimaschutz zu unterstützen. Weiterhin sollen verstärkt solche Projekte unterstützt werden, die Klimaschutz und Armutsbekämpfung verbinden, z.B. durch die Förderung von erneuerbaren Energien. Neben konkreten Projekten ist die Förderung der Informations- und Sensibilisierungsarbeit über die globalen und lokalen Zusammenhänge zwischen Klimaschutz, Energiegerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung ein wichtiger Ansatz für die zukünftige Arbeit des EPN Hessen mit der hessischen Landesregierung.